

Protokoll

Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

Sitzungstermin:	Freitag, 30.01.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	15:03 Uhr
Ende:	16:32 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Christoph Bratmann - SPD

Vertretung für: Annette Johannes

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Vertretung für: Rochus Jonas

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Dr. Volker Garbe - Bürgermitglied

Frau Barbara Räder - Bürgermitglied

Frau Dr. Natalie von Kaehne - Bürgermitglied

Herr Manfred Weiß - Bürgermitglied

Herr Stefan Lange - vom Vorstand des
Behindertenbeirates bestimmter Vertreter

Frau Heiderose Wanzelius - vom Umweltzentrum
benannte Vertreterin der Umweltverbände

Herr Thede Bösch - Vertreter des
Jugendparlaments

Verwaltung

Frau Manina Herden - Protokollführung
Frau Anna Katharina Hanusch - Dezernentin VI
Herr Thomas Gekeler - Fachbereichsleiter 68
Herr Michael Loose - Fachbereichsleiter 67
Frau Kirsten Lewandowski - Fachbereich 67
Frau Merle Spanuth - Dezernat VI

Abwesend
Vorsitz

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE	entschuldigt
-------------------------------	--------------

Mitglieder

Frau Annette Johannes - SPD	entschuldigt
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Jona Ebert - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Wilfried Kluth - Bürgermitglied	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.11.2025
3. Mitteilungen
- 3.1. Abschlussbericht zum Förderprojekt "Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden" 26-28266
- 3.2. Förderprojekt "Integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün. Makroklimatische Regulierung durch Pflanzen" - Aktualisierung des Sachstandes 26-28256
- 3.3. Statusbericht zum Förderprojekt "LiViK - Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels" 2025 26-28234
- 3.4. Sachstand zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners (EPS) 26-28182
- 3.5. Gesamtbilanz Nachpflanzungen im Jahr 2025 bezogen auf Baumfällungen 2024 26-28276
- 3.6. Baumfällliste 2025 26-28267
- 3.7. Statusberichte 2025 zu den städtischen Förderprogrammen Baumreich(es) Braunschweig und "Gartenreich(es) Braunschweig" 26-28254
- 3.8. Statusbericht 2025 zum Baumspendenprogramm "Mein Baum für Braunschweig" 26-28257
- 3.9. Sachstandsbericht zur Nutzung des Rituellen Waschhauses im Jahr 2025 26-28235
- 3.10. Auswertung von Beschwerden und Anfragen beim Fachbereich Stadtgrün im Jahr 2025 26-28255
- 3.11. Umsetzungsstand IKSK 2.0 - Jahresbericht 2025 25-28058
4. Anträge
- 4.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg 26-28207
- 4.1.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg - Änderungsantrag 26-28207-01
5. Finanzielle Unterstützung des städtischen Wildkrautprojektes 2026 durch die Richard Borek Stiftung 26-28264
6. Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen 26-28212

7.	Hochwasserpartnerschaft Schunter und Wabe	25-28027
8.	Anfragen	
8.1.	Gestiegene Herausforderungen, gestiegene Kosten - wie kann die Arbeit von Braunschweigs Kleingartenvereinen unterstützt werden?	26-28205
8.1.1.	Gestiegene Herausforderungen, gestiegene Kosten - wie kann die Arbeit von Braunschweigs Kleingartenvereinen unterstützt werden?	26-28205-01
8.2.	Verwendung der Akzeptanzabgabe nach §§ 4, 5, 6 NWindPVBetG in den jeweiligen Stadtteilen	26-28190
8.2.1.	Verwendung der Akzeptanzabgabe nach §§ 4, 5, 6 NWindPVBetG in den jeweiligen Stadtteilen	26-28190-01
8.3.	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld eröffnet die Sitzung und stellt nach der Begrüßung fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses somit gegeben ist. Es werden keine Dringlichkeitsanfragen eingebracht. Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld schlägt vor, die Mitteilung 3.11 vom Fachbereich Umwelt vorzuziehen, da sich Herr Loose als zuständiger Fachbereichsleiter für die Mitteilungen 3.1 bis 3.10 verspätet. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende lässt im Anschluss über die Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung mit geänderter Reihenfolge wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.11.2025

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld fragt nach Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses vom 28.11.2025. Es werden keine Ergänzungen eingebracht.

Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt und unverändert bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Abschlussbericht zum Förderprojekt "Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden" 26-28266

Die Vorlage ergeht im Anschluss an TOP 3.11.

Stadträtin Hanusch und Herr Loose fassen wesentliche Inhalte der Mitteilung zusammen und beantworten anschließend die Fragen der Ausschussmitglieder.

Ratsfrau Mundlos erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand der Baumpflanzungen, welche mit Beschluss aus der Sitzung des Stadtbezirksrats 322 Nördl. Schunter/Okeraue vom 30.01.2024 mit 10.000 € unterstützt werden sollen (vgl. DS 24-22934 und 24-22934-01).

Protokollnotiz: Zu der Frage von Ratsfrau Mundlos kann die Verwaltung folgendes mitteilen:

Mithilfe der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel durch den Stadtbezirksrat 322 könnten etwa fünf Bäume (vier Tilia tomentosa ‚Brabant‘ und ein Acer monspessulanum) gepflanzt werden. Die Pflanzung befindet sich derzeit in Ausschreibung. Den Eingang geeigneter Angebote und Witterungsbedingungen vorausgesetzt, könnte die Maßnahme frühestens im März 2026 durchgeführt werden. Die Mittel des Stadtbezirksrates wurden dementsprechend nicht für die Pflanzung der Bäume im Rahmen des Förderprojekts „Begrünungsmaßnahmen zum Ausgleich von Trockenschäden“ verwendet.

Bürgermitglied Räder bittet wegen des vermeintlichen Zielkonfliktes zwischen schattenspendenden Bäumen und lichtbedürftigen Blümmischungen auf den in der Karte dargestellten Flächen (im Kanzlerfeld an der Bundesallee sowie am Krühgarten) um Klärung und Begründung.

Ratsherr Kühn wünscht den Versand der Mitteilung an die betroffenen Stadtbezirksräte.

Herr Loose sagt eine Klärung der geäußerten offenen Fragen und Bitten der Ausschussmitglieder im Nachgang zur Sitzung zu.

Frau Wanzelius erkundigt sich nach Maßnahmen zur Vermeidung von Trockenschäden bei Stadtbäumen. Herr Loose stellt die verschiedenen Ansätze vor, die derzeit vom Fachbereich Stadtgrün teils experimentell Anwendung finden (u.a. bedarfsgerechte Wässerung durch Einbau von Feuchtesensoren, Aufwertung der Baumsubstrate mit Zuschlagsstoffen wie Pflanzenkohle, Vergrößerung bestehender Baumscheiben).

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28266 wurde zur Kenntnis genommen.

3.2. Förderprojekt "Integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün. Makroklimatische Regulierung durch Pflanzen" - Aktualisierung des Sachstandes 26-28256

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Ratsherr Schnepel bittet um Einschätzung und Klärung, wie viel Wärmeenergie durch die Ernte der geförderten Kurzumtriebsplantagen zur Versorgung der genannten 2.500 Haushalte eingespeist werde. Herr Loose ergänzt die Mitteilung mit dem aktuellen Datenbestand. Er stellt richtig, dass in der Mitteilung nicht suggeriert werden solle, dass die 2.500 Haushalte ganzjährig und ausschließlich durch die städtischen KUP mit Wärmeenergie versorgt werden. Die Energieausbeute der geförderten 7 ½ ha KUP (von insgesamt 19 ha KUP in der Stadt Braunschweig) beträgt nach ersten überschlägigen Ermittlungen ungefähr 2.100 MWh (entspricht 2,1 Mio kWh) Wärmeenergie. Damit könnten etwa 210.000 Liter fossiles Heizöl bzw. 210.000 m³ Erdgas substituiert werden. Diese Wärmeenergie wird in das Nahwärmenetz in Querum eingespeist, an welches besagte 2.500 Haushalte angeschlossen seien. Je nach Dämmstandard und Nutzerverhalten kann man schätzungsweise davon ausgehen, dass näherungsweise 250 Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von 80 m² mit mittlerem Dämmstandard mit dieser Wärmeausbeute ganzjährig versorgt werden könnten. Zudem betont Herr Loose, dass der Fachbereich Stadtgrün einen lokalen Abnehmer gefunden hat, welcher 1 € pro Schüttraummeter Erntegut zahle. Bei anderen Anbietern wären Kosten für die Ernte und Abnahme angefallen.

Ratsfrau Ohnesorge erkundigt sich nach den jährlichen Wartungskosten für die Mooswände. Herr Loose gibt an, dass diese im Bereich von 8.000 bis 10.000 € pro Jahr lägen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28256 wurde zur Kenntnis genommen.

3.3. Statusbericht zum Förderprojekt "LiViK - Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels" 2025 26-28234

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Ratsfrau Ohnesorge bekundet ihre Freude über das Bestreben der Verwaltung zur Aufwertung und Weiterentwicklung der grünen Infrastruktur im Westen der Stadt, insbesondere des Westparks.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28234 wurde zur Kenntnis genommen.

3.4. Sachstand zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners (EPS) 26-28182

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Auf die Nachfrage von Rats Herrn Dr. Plinke bestätigt Herr Loose, dass sich die Mitteilung und die Auswertung der Befallszahlen nur auf städtische Flächen bezieht. Private Befälle mit dem Eichenprozessionsspinner wären einerseits nicht meldepflichtig und andererseits würde die Verwaltung an diesen Stellen nicht für die Entfernung tätig werden. Zudem sei es so, dass auch auf den städtischen Flächen nur eine Bekämpfung und Entfernung in besonders vulnerablen Bereichen stattfände (bspw. Kindertagesstätten, Kinderspielplätze, Schulen, städtische Seniorenbegegnungsstätten etc.).

Rats Herr Wendt erkundigt sich bezüglich des letzten Satzes der Mitteilung nach den weiteren Maßnahmen. Herr Loose führt aus, dass dieser Teil der Mitteilung sich insbesondere auf die präventive Behandlung der Baumkronen mit Nematoden beziehe. Die Nematoden sind hochspezialisierte Fressfeinde des EPS.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28182 wurde zur Kenntnis genommen.

3.5. Gesamtbilanz Nachpflanzungen im Jahr 2025 bezogen auf Baumfällungen 2024 26-28276

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28276 wurde zur Kenntnis genommen.

3.6. Baumfällliste 2025

26-28267

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Ratsherr Kühn, ergänzt durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld bitten den Fachbereich Stadtgrün um Prüfung, ob eine Zusammenführung der Übersichten über Baumfällungen und -pflanzungen und eine kontinuierliche Fortführung der Baumfällliste in Bezug auf Nachpflanzungen mit vertretbarem Aufwand möglich wäre. Stadträtin Hanusch und Herr Loose legen die Schwierigkeiten in der Zusammenführung der Datenbestände aus den unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen dar. Eine Ergänzung der Baumfällliste um die Information der Nachpflanzung wäre zudem nur mit Zeitversatz von einem bis mehreren Jahren möglich.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28267 wurde zur Kenntnis genommen.

3.7. Statusberichte 2025 zu den städtischen Förderprogrammen Baumreich(es) Braunschweig und "Gartenreich(es) Braunschweig"

26-28254

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28254 wurde zur Kenntnis genommen.

3.8. Statusbericht 2025 zum Baumspendenprogramm "Mein Baum für Braunschweig"

26-28257

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Ratsfrau Ohnesorge merkt an, dass ein betrüblicher Einbruch in der Spendensumme von 2024 zu 2025 zu verzeichnen sei. Herr Loose erläutert, dass in der Vergangenheit regelmäßig aufgrund von persönlichem Engagement in der Presse über das Baumspendenprogramm berichtet wurde, was sich eindeutig positiv auf die Spendenanfragen ausgewirkt habe. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde von Seiten der Stadt weiterhin wie zuvor betrieben. Zudem werde die Statistik aufgrund eines sehr engagierten Einzelspenders positiv verzerrt, welcher in einzelnen Jahren mehrmals bis zu 40 Bäume auf einmal gespendet habe.

Ratsherr Kühn und Ratsfrau Mundlos regen weitere Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit regelmäßigen Pressemitteilungen an.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke ist von 15:53 Uhr bis 15:55 Uhr abwesend.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28257 wurde zur Kenntnis genommen.

3.9. Sachstandsbericht zur Nutzung des Rituellen Waschhauses im Jahr 2025

26-28235

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28235 wurde zur Kenntnis genommen.

3.10. Auswertung von Beschwerden und Anfragen beim Fachbereich Stadtgrün im Jahr 2025

26-28255

Herr Loose führt in die Mitteilung ein, stellt die wesentlichen Entwicklungen und thematischen Spitzen beim Beschwerdewesen des Fachbereichs Stadtgrün dar und betont die hohe personelle Belastung, die insbesondere im Bereich der Baumpflege hierfür anfallt. Stadträtin Hanusch ergänzt, dass in der Bevölkerung ein Zwiespalt bestehe zwischen einer erhöhten Wertschätzung für öffentliches Grün, aber gleichzeitig daher auch sehr detailliert und teils doppelte Beschwerden hierzu eingehen.

Protokollnotiz: Herr Lange ist von 15:56 Uhr bis 15:58 Uhr abwesend.

Ratsherr Kühn bittet um Erläuterung der Zuständigkeiten bei der Entleerung der Abfallbehälter. Herr Loose führt aus, dass die mehr als 2.000 Abfallbehälter in den Grün- und Parkanlagen durch den Fachbereich Stadtgrün geleert würden. Weiterhin ist der Fachbereich für die Flächenreinigung der Grün- und Parkanlagen verantwortlich. Je nach Saison und Frequentierung werde fünfmal die Woche, teils auch samstags mit einem Team aus etwa 15 Arbeitskräften einschließlich Saisonkräfte die Leerung bzw. Säuberung durchgeführt werden. Lediglich für Abfallbehälter im öffentlichen Straßenraum (überwiegend in der Innenstadt) sei die ALBA zuständig, an Flächen des ÖNPV die BSVG.

Auf Rückfrage durch Ratsherren Wendt bestätigt Herr Loose, dass sich die Auswertung der Beschwerden auf Friedhöfen nur auf städtische – nicht auf kirchliche – Friedhöfe beziehe.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28255 wurde zur Kenntnis genommen.

3.11. Umsetzungsstand IKSK 2.0 - Jahresbericht 2025

25-28058

Protokollnotiz: Herr Loose und Frau Lewandowski nehmen ab 15:15 Uhr an der Sitzung teil. Aufgrund der Verspätung wurde die Behandlung des TOP 3.11 aus dem Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs 68 Umwelt vorgezogen.

Stadträtin Hanusch führt kurz ein, nimmt Bezug auf die Mitteilung außerhalb der Sitzungsfolge zur Verzögerung des Berichtswesens (vgl. DS-Nr. 25-28001) und übergibt anschließend an Herrn Gekeler. Dieser stellt Neuerungen im Vergleich zu den Berichten aus den Vorjahren heraus und skizziert Zeitschienen für die Aktualisierung der Treibhausgasbilanz in Abhängigkeit von der Datenverfügbarkeit.

Bürgermitglied Räder bittet um Erläuterung der Machbarkeitsstudie zur Renaturierung verbleibender Niedermoorböden. Herr Gekeler kommt der Bitte nach, verortet die Maßnahme und stellt zentrale Aspekte und die Rahmenbedingungen der Maßnahme sowie die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor. Als nächster Schritt werde versucht über ein

Sponsoring finanzielle Unterstützung hierfür zu erhalten. Auf Rückfrage durch Frau Wanzelius ergänzt Herr Gekeler, dass die Machbarkeitsstudie veröffentlicht werde, wenn alle aktuellen Arbeitsaufträge abgearbeitet seien.

Die Frage von Frau Wanzelius zu Rahmenwerken zum Verbundsystem für ökologische Flächen verweist Herr Gekeler auf das Biotopverbundkonzept.

Ratsherr Schnepel äußert Kritik zur mangelnden Transparenz des Berichtswesens in Bezug auf die formulierten Zielszenarien und -pfade des ursprünglichen Klimaschutzkonzeptes, zumindest in den Teilmaßnahmen, wo die Datengrundlage dies hergäbe. Herr Gekeler führt beispielhaft den Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik an, um die Schwierigkeit einer repräsentativen Abbildung auf dem Zielpfad darzustellen. Er verweist auf die Rolle des Berichtswesens zur Zusammenführung der Daten aus vielen Quellen und Zuständigkeitsbereichen. Nicht in allen Bereichen lägen diese Daten vor, der Wunsch hiernach werde zur Kenntnis genommen und auch in die anderen Fachbereiche weitergegeben.

Ratsfrau Ohnesorge bedauert, dass derzeit noch keine detaillierte Treibhausgasbilanz geliefert werden könne. Darüber hinaus merkt sie an, dass der Bericht in Bezug auf den kontinuierlichen Ausbau des ÖPNV im Rahmen der Mobilitätswende eher vage bleibe und bemängelt, dass bei den Bevorrechtigungen des ÖPNV im Straßenverkehr und Anzeigesystemen an Bushaltestellen noch Probleme bzw. Hemmnisse für die Nutzenden bestünden. Ferner erkundigt sie sich zum nächsten Schritt bzgl. Maßnahme 1.5.2a auf Seite 18 „Die Umsetzung des Konzepts (Beschlussvorlage - 25-26070) erfolgt schrittweise mit jeder neuen Ausschreibung der Mittagsverpflegung an einer Schule bzw. an mehreren Schulen (bei Losbildung).“ Sie fragt, wie viele Schulen bzw. Ausschreibungen nach dem neuen Konzept bis dato erfolgt seien bzw. ausstehen würden. Darüber hinaus erbittet sie Auskunft, was genau bei der Maßnahme 4.4.10 Stärkung des Fußverkehrs mit dem auf Seite 43 als nächsten Schritt angegebener Maßnahme „Es sollen Standards für den Fußverkehr in Braunschweig erarbeitet werden.“ gemeint ist und ob nicht solche Qualitätsstandards eh bereits existiert hätten. Herr Gekeler sagt eine Beantwortung im Nachgang an die Sitzung bzw. eine Weiterleitung an die zuständigen Dezernate zu.

Protokollnotiz: Zu den Fragen von Ratsfrau Ohnesorge zur Mittagsverpflegung an Schulen und zur Stärkung des Fußverkehrs kann die Verwaltung folgendes mitteilen:

Zur Mittagsverpflegung: Die Ausschreibung der schulischen Mittagsverpflegung mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 erfolgt erstmalig auf der Grundlage des vom Rat am 4. November 2025 beschlossenen Konzepts für die Mittagsverpflegung an Braunschweiger Ganztagschulen. In dieser Ausschreibung wird die Mittagsverpflegung in fünf Losen für insgesamt 13 Schulen zeitlich befristet ausgeschrieben. In Abhängigkeit vom Ablauf der Vertragslaufzeiten von Caterern in Schulen und wenn weitere Halbtagschulen in Ganztagschulen umgewandelt werden, wird die Mittagsverpflegung an weiteren Ganztagschulen nach dem Konzept zu den dann folgenden Schuljahren sukzessive erfolgen.

Zum Fußverkehr: Dabei handelt es sich um die Maßnahme F1 „Qualitätsstandards für den Fußverkehr festlegen, umsetzen und Nachrüsten“ aus dem MEP. Ergänzend wird hierzu auf den Änderungsantrag 25-25972-02 hingewiesen. In der AMTA-Sitzung am 27. Januar 2026 hat die Verwaltung mündlich informiert, dass die Vergabe der Planung aufgrund einer vakanten Personalstelle noch nicht erfolgen konnte. Die Ausschreibung befindet sich nach zwischenzeitlicher Stellenbesetzung in Vorbereitung und soll im ersten Quartal 2026 veröffentlicht werden. Erste Ergebnisse werden spätestens zum Jahresende erwartet.

Stadträtin Hanusch betont abschließend, dass mit jedem Bericht versucht werde, die Daten transparenter und verständlicher darzustellen, sofern die komplexe Datengrundlage dies zulasse.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-28058 wurde zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg 26-28207

Ergebnis:

Die Notwendigkeit einer Abstimmung entfällt, da der vorliegende interfraktionelle Änderungsantrag 26-28207-01 die Vorlage 26-28207 ersetzt.

4.1.1. Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg - Änderungsantrag 26-28207-01

Ratsfrau Lerche bringt den interfraktionellen Änderungsantrag ein, begründet ihn und bittet um Zustimmung.

Die Ausschussmitglieder diskutieren die Umsetzbarkeit mit Blick auf die Abstimmungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 und die Frage, ob realistisch genügend Haushaltsreste hierfür zur Verfügung stünden.

Auf die Erkundigung von Ratsherr Witz zum Stand der Planung, berichtet Stadträtin Hanusch, dass diese zwar noch nicht abgeschlossen sei, dies aber in 2026 erfolgen könne.

Ratsfrau Mundlos bittet um Rückmeldung und Übersicht über die vorhandenen Haushaltsreste zur Sitzung im Mai 2026. Stadträtin Hanusch merkt an, dass eine allgemeine Information zu den Haushaltsresten über den aktuellen Prüfauftrag hinaus in die Zuständigkeit des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FDPA) falle.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld lässt im Anschluss über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die benötigten Mittel in Höhe von 500.000 Euro für die Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg aus vorhandenen Haushaltsresten investiver Ansätze oder durch Umschichtungen innerhalb investiver Haushaltsansätze bereitgestellt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem UGA und dem FPDA zeitnah mitzuteilen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**5. Finanzielle Unterstützung des städtischen Wildkrautprojektes
2026 durch die Richard Borek Stiftung**

26-28264

Stadträtin Hanusch führt in die Vorlage ein, stellt die Tradition dieser Unterstützung durch die Richard Borek Stiftung lobend heraus und bittet um Zustimmung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld lässt im Anschluss über den Änderungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Dem Abschluss der als Anlage beigefügten Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung des städtischen Wildkrautprojektes 2026 sowie der Pflege von Baumscheiben und straßenbegleitendem Grün zwischen der Stadt Braunschweig und der Richard Borek Stiftung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

6. Gewährung von Zuschüssen an Umweltorganisationen

26-28212

Herr Gekeler führt in die Vorlage ein, begründet die Förderfähigkeit der Vorhaben nach aktuellem Stand der Förderrichtlinie und bittet um Zustimmung.

Die Ausschussmitglieder diskutieren kontrovers die Frage, wie aktiv die REKA als Verein noch ist und leiten daraus die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Bezuschussung ab. Als Gegenargument werden der wenig aktuelle Zustand der Internetpräsenz, die Einstellung des Newsletters und die Verlagerung der Büroräume an eine Privatadresse angeführt, aus denen sich eine längerfristige Inaktivität des Vereins ableiten lasse. Im Gegensatz dazu werden Erfahrungsberichte und eine Liste mit geplanten Aktivitäten des Vereins für 2026 (u.a. schlichtende Tätigkeit beim Windpark Geitelde, Anlage von Blühwiesen, Fortbildungen zu Photovoltaik und Pflanzaktionen) angeführt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wirtz verliest Herr Gekeler im Detail die Kosten, für die ein Zuschuss beantragt wurde (Verwaltungskosten wie Versicherung, Kommunikation, EDV-Leistungen, Bankgebühren, Miete der Server, Software, Steuerberater; Miete zur Einlagerung von Fortbildungsmaterialien; Fachkosten und Öffentlichkeitsarbeit).

Herr Gekeler betont abschließend, dass bei Prüfung des Verwendungsnachweises nach einer Förderung bei nicht sachgerechter Verwendung des Zuschusses dieser zurückgefordert und zurückgezahlt werde. Über einen solchen Fall wurde dem Umwelt- und Grünflächenausschuss in der Vergangenheit bereits berichtet.

Dem Geschäftsordnungsantrag zur getrennten Abstimmung über die beiden Zuschüsse durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld wird stattgegeben.

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse:

Beschluss:

„Den genannten Vereinen werden folgende Zuwendungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von bis zu 20.316,28 € gewährt:

- | | |
|--|--------------------|
| 1. NABU Landesverband Niedersachsen e.V. (NABU) – ÖNSA | bis zu 11.816,28 € |
| 2. Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e. V. | bis zu 8.500,00 €. |

Abstimmungsergebnis zu 1. ÖNSA:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu 2. REKA:

dafür: 8 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

7. Hochwasserpartnerschaft Schunter und Wabe 25-28027

Die Vorlage ergeht ohne Vorstellung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos ist von 16:28 bis 16:30 Uhr abwesend.

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig wird im Lenkungsreis der Partnerschaft vom Beschäftigten Michael Seibt vertreten. Stellvertreter ist der Beschäftigte Lothar Simon“.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Anfragen

8.1.	Gestiegene Herausforderungen, gestiegene Kosten - wie kann die Arbeit von Braunschweigs Kleingartenvereinen unterstützt werden?	26-28205
------	--	-----------------

Ergebnis:

Zur Beantwortung liegt die Stellungnahme 26-28205-01 vor.

8.1.1. Gestiegene Herausforderungen, gestiegene Kosten - wie kann die Arbeit von Braunschweigs Kleingartenvereinen unterstützt werden? **26-28205-01**

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht. Auf eine Verlesung wird verzichtet.

Die Nachfrage von Ratsherrn Wirtz, ob die in der Stellungnahme erwähnte Bewertungsmatrix zum Zustand der Wegesysteme in Kleingartenvereinen auch dem Umwelt- und Grünflächenausschuss zur Verfügung gestellt werden könne, bejaht Herr Loose (siehe Anlage 1 zum Protokoll).

Protokollnotiz: Ratsherr Wendt ist von 16:29 Uhr bis 16:31 Uhr abwesend. Ratsfrau Ohnesorge und Ratsfrau Lerche sind von 16:29 bis 16:32 Uhr abwesend.

Ergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

**8.2. Verwendung der Akzeptanzabgabe nach §§ 4, 5, 6
NWindPVBetG in den jeweiligen Stadtteilen**

26-28190

Ergebnis:

Zur Beantwortung liegt die Stellungnahme 26-28190-01 vor.

**8.2.1. Verwendung der Akzeptanzabgabe nach §§ 4, 5, 6
NWindPVBetG in den jeweiligen Stadtteilen**

26-28190-01

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht. Auf eine Verlesung wird verzichtet.

Ratsherr Dr. Plinke erkundigt sich in einer Rückfrage nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung. Stadträtin Hanusch erläutert, dass der konkrete Zeitraum aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungsprozesse derzeit noch nicht feststehe. Angestrebt werde die Veröffentlichung noch in diesem Jahr.

Ergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

8.3. Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen eingebracht.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld stellt fest, dass der Umwelt- und Grünflächenausschuss alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nicht-öffentliche Teil entfällt, da keine nicht-öffentlichen Mitteilungen, Anträge oder Anfragen vorliegen. Sie schließt die Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses daher um 16:32 Uhr.

gez.
von Gronefeld
Stellv. Ausschussvorsitzende

gez.
Hanusch
Stadträtin

gez.
Herden
Protokollführung